

# Aufenthalts- und Sozialrecht für Flüchtlinge

Fortbildung für Multitude e.V. am 16.06.2012

© Georg Classen 06/2012  
[georg.classen@gmx.net](mailto:georg.classen@gmx.net)  
Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

Gefördert durch den Europäischen Flüchtlingsfonds EFF

1

## Themen

- Asylverfahren, Asylzuständigkeit, Umverteilung
- Asylgründe, Anhörung, Klageverfahren
- Duldung, Trauma, Härtefallkommission und Bleiberecht
- Wohnen: Sammelunterkunft oder Mietwohnung?
- Existenzsicherung und Krankenversorgung nach AsylbLG, SGB II und SGB XII
- Schulrecht und Schulpflicht
- Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis
- *evtl.: Ausbildungsförderung, Familienleistungen*
- Rechtsmittel, Literatur, Internetressourcen

2





## Bescheinigung statt Duldung – Beispiel

Landesamt für  
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten  
Ausländerbehörde

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten  
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Potsdamerplatz)

**Bescheinigung**  
(gilt nicht als Passersatz)

Diese Bescheinigung ist bei jeder polizeilichen Kontrolle vorzulegen und bei Rückgabe des in  
Verwahrung genommenen Dokumentes abzugeben.

Familienname: [REDACTED]  
Name d. Person: [REDACTED]  
Vorname: [REDACTED]  
Geburtsdatum: [REDACTED]  
Geburtsort: [REDACTED]  
Familienstand: : ledig  
Staatsangehörigkeit: : Kenia  
LABO-OM: : 010072800178  
Meldefrist: : 23.06.2010

Die Obengenannte hat sich zu dem o.g. Termin beim Landesamt für Bürger- und  
Ordnungsangelegenheiten, Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin, Schalter 2, zu melden.

Das Personaldokument-Nr. ist beim LABO hinterlegt.

Es sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Flugticket für die Heimreise
- Gültiges Reisedokument oder Nachweise über die bestragte  
Neuausspeisung / Verlängerung

Im Auftrag

Rechnat: [Signature]



Gewaltkennz.: 21.10.10

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten  
Ausländerbehörde

**Berlin**

Ordnz. (Bf) Amt für alle Städte  
(F.R. 331 - 010072800178)

Beschreibung: Herr Kasper  
Ordnungsbehörde: Berlin, Ordnungsang.  
Nobenerstr. 34 - 36, 10217 Berlin  
Zimmer: 330  
Etage: 3  
Telefon: (030) 82388 - 1828  
Fax: (030) 8238 - 3423  
Vermittlung: (030) 8238 - 1  
Internet: (030) 8238 - 1  
E-Mail: [REDACTED]  
Internet: http://www.bmi.berlin.de  
Datum: 25.07.2010

## Freizügigkeitsbescheinigung gemäß Nr. 5.1.3 Allg. VwV des BMI zum FreizügG/EU (Format DIN A 4)

Kopfbogen der ausstellenden Behörde

**Bescheinigung gemäß § 5 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU**

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Staatsangehörigkeit:

Anschrift:

Zeitpunkt der Anmeldung:

Die Inhaberin/der Inhaber dieser Bescheinigung ist Staatsangehörige/r eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Europäischen Gemeinschaft und nach Maßgabe des Freizügigkeitsgesetzes/EU zur Einreise und zum Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt.

Ggf. (Der Inhaber/die Inhaberin dieser Bescheinigung benötigt zur Aufnahme einer unselbständigen, arbeitsgenehmigungspflichtigen Erwerbstätigkeit eine Arbeiterlaubnis- oder Arbeitsberechtigung-EU.)

Diese Bescheinigung gilt nur in Verbindung mit folgendem Identitätsdokument der Inhaberin/ des Inhabers:

Bezeichnung des Dokuments; Seriennummer

Im Auftrag

(Siegel)

Datum, Unterschrift

### Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige

- **Aufenthaltserlaubnis (AE)** – befristet
- *neu ab 2012: Bluecard - befristet*
- Niederlassungserlaubnis (NE), Erlaubnis Daueraufenthalt-EG - unbefristet
- Visum - befristet
- Fiktionsbescheinigung (=vorläufige Verlängerung der AE/des Visums)
  
- **Duldung** (grüne Klappkarte, Pass von ABH einbehalten) > *AsylbLG*
- **Aufenthaltsgestattung**  
(Asylbewerber, grüne Klappkarte, Pass von ABH einbehalten) > *AsylbLG*
- Grenzübertrittsbescheinigung, Pässeinzugsbescheinigung usw.  
(DIN A4, Pass von AHB einbehalten) > *AsylbLG*
  
- **visumsfreier Touristenaufenthalt** (legal für 3 Monate für Angehörige der ca. 40 „Positivstaaten“ nach EG-Visa-VO, zB USA, Kanada, Mexiko, Japan, Australien, Brasilien, Argentinien, Kroatien, Serbien, Bosnien-H., Albanien usw.)
  
- Drittstaatsangehörige ohne bzw. mit abgelaufenen Papieren ("Illegale") > *AsylbLG*

### Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, §§ 22 - 25

- Aufnahme aus Ausland aus völkerr., hum. oder polit. Gründen, § 22
- Erlass Innenminister für Ausländergruppen aus völkerr., hum. oder polit. Gründen, z. B. Bleiberecht, Abschiebestopp mehr als 6 Monate, Aufnahme aus Ausland, § 23 I und II (*auch NE möglich!*)
- Empfehlung Härtefallkommission, § 23a
- Vorübergehender Schutz, EU-Richtlinie 2001/55/EG, § 24
- Anerkannte und subsidiär geschützte Flüchtlinge, § 25 I - III
- weitere humanitäre Gründe, Ausreisehindernisse, § 25 IV – V
- *gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende, § 25a (ab 7/2011)*
- Altfallregelung, § 104a

## Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 AufenthG

- Asylberechtigte, § 25 I i.V.m. Art. 16 GG
- Konventionsflüchtlinge, § 25 II i.V.m. § 60 I
- Menschenrechtlicher Abschiebungsschutz, § 25 III i.V.m. § 60 II bis VII
- Vorübergehender Aufenthalt aus humanitären Gründen, § 25 IV S. 1
- Verlängerter Aufenthalt wg. außergewöhnl. Härte, § 25 IV S. 2
- Vorübergehender Aufenthalt für Opfer einer Straftat, § 25 IV a/b
- Rechtliche oder tatsächliche Ausreisehindernisse, § 25 V

11

## Voraussetzungen AE § 25a

### Jugendliche und junge Erwachsene:

- Alter von 15 bis 20 Jahren,
- seit mindestens 6 Jahren mit Duldung, Aufenthaltsgestattung oder -erlaubnis in Deutschland,
- in Deutschland 6 Jahre erfolgreich die Schule besucht oder hier Schul- oder Berufsabschluss erworben,
- positive Integrationsprognose (Ausbildung/Arbeit, keine erheblichen Straftaten),
- wenn nicht mehr in Schule/Ausbildung/Studium, Lebensunterhalt ohne Sozialleistungen sichergestellt, und
- Identität geklärt und Pass muss idR vorgelegt werden, frühere falsche Angaben sind jedoch kein Hindernis.

### Eltern und minderjährige Geschwister:

- Mind. ein Kind im Alter von 15 bis 17 Jahren erfüllt die o.g. Voraussetzungen,
- Identität geklärt und Pass muss idR vorgelegt werden, frühere falsche Angaben usw. sind kein Hindernis,
- keine Geldstrafen über mehr als 50 Tagessätze (90 Tagessätze für Straftaten nach Ausländer/Asylrecht) vorliegen, und
- Lebensunterhalt ohne Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit gesichert. Ist dies (noch) nicht der Fall, erhalten Eltern und minderjährige Geschwister eine Duldung nach § 60a Abs. 2a, solange ein Kind mit der AE nach § 25a noch unter 18 Jahre alt ist.

12

## Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen, §§ 28 - 36

- Ehegattennachzug zu Deutschen, § 28 I 1
- Aufenthaltserlaubnis für Elternteil eines minderjährigen deutschen Kindes zur Personensorge, § 28 I S. 1 Nr. 3
- Ehegattennachzug zu Ausländern, § 30
- Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten, § 31
- Kindernachzug zu Ausländern, in D geborene Kinder, Aufenthaltsrecht der Kinder, §§ 32, 33, 34
- Nachzug sonstiger Familienangehöriger, § 36

13

## Arbeitsverbote für Geduldete und Asylbewerber

- **Aufenthaltsgestattung:** für 12 Monate **Arbeitsverbot**, § 61 AsylVfG, danach **Arbeitsmarktprüfung** nach § 39 AufenthG iVm der BeschVerfV
- **Duldung:** für 12 Monate **Arbeitsverbot**, dann **Arbeitsmarktprüfung**, nach 48 Monaten **Beschäftigung uneingeschränkt gestattet**, § 10 BeschVerfV
- **Duldung:** nach 12 Monaten **berufliche Ausbildung uneingeschränkt gestattet**, § 10 BeschVerfV
- **Duldung:** Wer seine Abschiebung vorwerfbar verhindert erhält absolutes **Arbeitsverbot**, § 11 BeschVerfV

14

## Arbeitsverbot für Asylsuchende und Geduldete?

- **Asylbewerber** und **Geduldete** dürfen die ersten **12 Monate** nicht arbeiten, § 61 II AsylVfG, § 10 BeschVerfV
- **Geduldete**, die ihre Abschiebung vorwerfbar verhindern, dürfen unabhängig von Aufenthaltsdauer und Arbeitsmarktprüfung nicht arbeiten, § 11 BeschVerfV.
- Der Eintrag lautet in beiden Fällen "**Erwerbstätigkeit nicht gestattet**"
- *Das Arbeitsverbot nach § 11 BeschVerfV ist **aufzuheben**, wenn der zugrunde liegende Tatbestand nicht mehr vorliegt, z.B. der Ausländer wieder bei der Beschaffung von Reisedokumenten **mitwirkt**, oder die Beschaffung sich als **aussichtslos** erweist, oder eine Abschiebung unabhängig von der Mitwirkung zB wegen **Krankheit** oder der Situation im **Herkunftsland** nicht (mehr) zumutbar oder möglich ist*
- Die Ausländerbehörde (bei Kürzung nach § 1a AsylbLG auch das Sozialamt!) muss die geforderten **Mitwirkungshandlungen konkretisieren**, das Sozialamt die **Kosten der Passbeschaffung übernehmen** (§ 6 AsylbLG!)
- Die Tatbestände des § 11 BeschVerfV sind identisch mit § 1a AsylbLG (Kürzung der Leistungen nach AsylbLG auf das „Unabweisbare“)

15

## Beschäftigungserlaubnis ohne Vorrangprüfung

- § 2 BeschVerfV: für einen Teil der in §§ 1 - 16 BeschV genannten Tätigkeiten, z.B. **FSJ, FÖJ, BFD**, vgl. DA zu § 9 BeschV (ohne Zustimmung AA)
- § 6 BeschVerfV: nach **1 Jahr** für dieselbe Beschäftigung **beim selben Arbeitgeber** (AA prüft „Arbeitsbedingungen“)
- § 7 BeschVerfV: in **Härtefällen**, z. B. absehbar nicht zu beendender Daueraufenthalt, Behinderung, behandlungsbedürftigem **Trauma** wenn Beschäftigung Bestandteil der Therapie (AA prüft „Arbeitsbedingungen“). Vgl. DA BeschVerfV, [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) > Veröffentlichungen > Weisungen > Arbeitgeber
- § 18a AufenthG: **Geduldete**, die in D Ausbildung/Studium absolviert haben, erhalten für entspr. Tätigkeit Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis
- § 14 BeschVerfV *neu ab Herbst 2012: Zustimmungsfiktion*, wenn Arbeitsagentur nicht binnen 2 Wochen nach Zustimmungsanfrage mitteilt, dass die Informationen nicht ausreichen oder der Arbeitgeber die nötigen Auskünfte nicht erteilt hat

16

## Residenzpflicht für Geduldete

- **§ 61 Räumliche Beschränkung; Ausreiseeinrichtungen**
- (1) Der Aufenthalt eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers ist räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt. Weitere Bedingungen und Auflagen können angeordnet werden. Von der räumlichen Beschränkung nach Satz 1 kann abgewichen werden, wenn der Ausländer zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Prüfung nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 berechtigt ist, oder wenn dies zum Zwecke des Schulbesuchs, der betrieblichen Aus- und Weiterbildung oder des Studiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung erforderlich ist. Das Gleiche gilt, wenn dies der Aufrechterhaltung der Familieneinheit dient.

17

## Residenzpflicht für Asylsuchende

### § 58 Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs

- (1) Die Ausländerbehörde kann einem Ausländer, der nicht oder nicht mehr verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, erlauben, den Geltungsbereich der Aufenthaltsgestattung vorübergehend zu verlassen oder sich allgemein in dem ~~angrenzenden~~-Bezirk einer anderen Ausländerbehörde aufzuhalten. Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde. Die Voraussetzungen des Satzes 2 liegen in der Regel vor, wenn eine nach § 61 Absatz 2 erlaubte Beschäftigung ausgeübt werden soll oder wenn dies zum Zwecke des Schulbesuchs, der betrieblichen Aus- und Weiterbildung oder des Studiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung erforderlich ist. Die Erlaubnis bedarf der Zustimmung der Ausländerbehörde, für deren Bezirk der allgemeine Aufenthalt zugelassen wird.

18

## Residenzpflicht für Asylsuchende

### § 58 Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs

(6) Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen, dass sich Ausländer ohne Erlaubnis vorübergehend in einem die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden umfassenden Gebiet, dem Gebiet des Landes oder, soweit Einvernehmen zwischen den beteiligten Landesregierungen besteht, im Gebiet eines anderen Landes aufhalten können.

19

## AsylbLG - SGB II - SGB XII

### §§ 1; 3 - 7 AsylbLG - Grundleistungen u.a.

Asylbewerber, Duldung, Ausreisepflichtige, AE § 25 IV S.1, § 25 IVa, § 25 V

### §§ 1; 2 AsylbLG - Leistungen in besonderen Fällen

48 Monate Leistungsbezug nach § 3, Aufenthaltsdauer nicht rechtsmissbräuchlich beeinflusst

### SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende

15 - 64 Jahre, derzeit oder binnen 6 Monaten erwerbsfähig, nicht § 1 AsylbLG

### SGB XII 4. Kapitel - Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter

ab 65 Jahre, oder ab 18 Jahre und auf Dauer erwerbsunfähig, nicht § 1 AsylbLG

### SGB XII 3. Kapitel - Sozialhilfe zum Lebensunterhalt

nicht SGB II, nicht SGB XII Viertes Kapitel, nicht § 1 AsylbLG

### SGB XII 5. - 9. Kapitel - Sozialhilfe in anderen Lebenslagen

ergänzend zu SGB II, SGB XII 3. oder 4. Kapitel oder § 2 AsylbLG

20

## § 1 AsylbLG - Leistungsberechtigte

(1) Leistungsberechtigt ...sind Ausländer, die ...

1. eine Aufenthaltsgestattung ...besitzen,
3. ....eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1, Abs. 4a, Abs. 4b oder Abs. 5 des AufenthG besitzen,
4. eine Duldung nach § 60 a des AufenthG besitzen,
5. vollziehbar ausreisepflichtig sind ....

21

## Die Gründe für das AsylbLG

### Anlass

- Große **Zahl Schutz suchender Flüchtlinge** in 1992/93

### Ziele

- **Abschreckung**, Asylmissbrauch verhindern, Schlepper bekämpfen

### Begründung

- Absehbar kurzer, **aufenthaltsrechtlich nicht gerechtfertigter Aufenthalt**
- Spezifischer, **geringerer Bedarf** wegen der nur kurzen Aufenthaltsdauer
- Einsparung von **Haushaltsmitteln**

### AsylbLG Novellen 1997, 2005, 2007

- Erhebliche Ausweitung des Personenkreises und der Bezugsdauer wurde allenfalls noch haushaltspolitisch begründet

22

## Die Gründe für das AsylbLG

- *Die drängenden Probleme, die mit der großen Zahl der Asylbewerber verbunden sind, erfordern abgestimmte Lösungen (Drs. 12/4451)*
- *95 % der Asylanträge werden abgelehnt, kein ausländerrechtlicher Aufenthaltsgrund ist der Regelfall (Drs. 12/4451)*
- *Keinen Anreiz schaffen für Einreise aus wirtschaftlichen Gründen (Drs. 12/5008)*
- *Durch die Umstellung auf Sachleistungen Schlepperorganisationen den Nährboden entziehen (Drs. 12/5008)*
- *Leistungen abgestellt auf die Bedürfnisse eines in aller Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthaltes (Drs. 12/4451)*

23

## § 1 a AsylbLG

### § 1 a - Anspruchseinschränkung

Leistungsberechtigte nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 und 5 und ihre Familienangehörigen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6,

1. die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen, oder
  2. bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können,
- erhalten Leistungen nach diesem Gesetz nur, soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist.

24

## Arbeitsverbot und Leistungskürzung für Geduldete? § 11 BeschVerfV, § 1a AsylbLG

- Geduldete, die vorwerfbar ihre zulässige und mögliche Abschiebung verhindern, dürfen unabhängig von Aufenthaltsdauer und Arbeitsmarktprüfung überhaupt nicht arbeiten, **§ 11 BeschVerfV**.
- Der Eintrag lautet "**Erwerbstätigkeit nicht gestattet**"
- *Das Arbeitsverbot nach § 11 BeschVerfV ist **aufzuheben**, sobald der zugrunde liegende Tatbestand nicht mehr vorliegt oder sich als unzutreffend erweist, z.B. wenn der Ausländer (wieder) bei der Beschaffung von Reisedokumenten mitwirkt, deren Beschaffung sich als aussichtslos erweist, oder eine Abschiebung unabhängig von der Frage seiner Mitwirkung nicht (mehr) zumutbar oder möglich ist*
- Die Tatbestände des § 11 BeschVerfV entsprechen **§ 1a AsylbLG = Kürzung AsylbLG-Leistung** auf das „Unabweisbare“ = idR Streichung Barbetrag, ggf. Sachleistungen, keine neue Mietübernahme

## § 2 AsylbLG

### § 2 - Leistungen in besonderen Fällen

- (1) Abweichend von den §§ 3 bis 7 ist das SGB XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die über eine Dauer von insgesamt 48 Monaten Leistungen nach § 3 erhalten haben und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.
- (2) Bei der Unterbringung von Leistungsberechtigten nach Absatz 1 in einer Gemeinschaftsunterkunft bestimmt die zuständige Behörde die Form der Leistung auf Grund der örtlichen Umstände.
- (3) Minderjährige Kinder, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einer Haushaltsgemeinschaft leben, erhalten Leistungen nach Absatz 1 nur, wenn mindestens ein Elternteil in der Haushaltsgemeinschaft Leistungen nach Absatz 1 erhält.

### Leistungseinschränkung für mind. 48 Monate - § 2 AsylbLG

- **Wartefrist** von 48 Monaten ist nicht mehr nur „vorübergehend“.
- **Zeitpunkt** der Leistungseinschränkungen ist willkürlich, da Maßstab allein Leistungsbezugsdauer nach § 3, auf Aufenthaltsdauer kommt es nicht an.
- **Integration** wirkt sich nachteilig aus, da Zeiten mit Erwerbstätigkeit oder anderen Leistungen (SGB II, III, VIII, XII, BSHG, §§ 2 oder 1a AsylbLG) nicht für die Wartefrist des § 2 mitzählen.
- **Verlängerung** in 2007 von 36 > 48 Monate Wartefrist = mangels Übergangsregelung (vom Gesetzgeber „vergessen“?) erneute Kürzung für 12 Monate für alle, unabhängig von der Aufenthaltsdauer
- **Kinder** unter 4 Jahren erhalten niemals Leistungen nach § 2
- Bei **Rechtsmissbrauch** irgendwann niemals Leistungen nach § 2
- **Praxis:** idR Barleistungen, Miete für Wohnung, Krankenversichertenkarte, insbesondere in Bayern + BaWü aber weiterhin (rechtswidrig?!) Sammellager und Sachleistungen

27

### § 3 AsylbLG - Grundleistungen

(1) Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt. ... Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte

1. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 40 DM [20,45 €]

2. von Beginn des 15. Lebensjahres an 80 DM [40,90 €]

monatlich als Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Der Geldbetrag ...in Abschiebungs- oder Untersuchungshaft ... beträgt 70 vom Hundert des Geldbetrages nach Satz 4. [28,63 €]

28

### noch § 3 AsylbLG - Grundleistungen

(2) Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des AsylVfG können, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden. Der Wert beträgt

1. für den Haushaltsvorstand 360 DM, [184,07 €]
2. für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 220 DM, [112,48 €]
3. für Haushaltsangehörige von Beginn des 8. Lebensjahres an 310 DM [158,50 €]  
monatlich zuzüglich der notwendigen Kosten für Unterkunft, Heizung und Hausrat. Absatz 1 Satz 3 und 4 findet Anwendung.

29

### Grundleistungsbeträge AsylbLG – Regelleistung SGB II/XII

	<b>Haushalts- vorstand</b>	<b>0-5 Jahre</b>	<b>6 Jahre</b>	<b>7-13 Jahre</b>	<b>ab 14 Jahren</b>
SGB II/XII	359,- €	215,- €	251,- €	251,- €	287,- €
AsylbLG bar	40,90 €	20,45 €	20,45 €	20,45 €	40,90 €
AsylbLG § 3 II	184,07 €	112,48 €	112,48 €	158,50 €	158,50 €
AsylbLG gesamt	224,97 €	132,93 €	132,93 €	178,95 €	199,40 €
<b>Kürzung in %</b>	<b>37,33 %</b>	<b>38,17 %</b>	<b>47,04 %</b>	<b>28,71 %</b>	<b>30,52 %</b>

30

## Praxis der Grundleistungen nach § 3 AsylbLG

- Der **Wert** der Sachleistungen liegt in der Praxis um bis zu 50 % unter dem Sollwert nach § 3 II. Die Kürzung ist am gravierendsten bei **Essenspaketen**.
- Stückelung der **Gutscheine**, fehlende Restgeldrückgabe, Begrenzung auf wenige Läden verhindern wirtschaftlichen Einkauf = zusätzl. Kürzung.
- Häufig sind wegen abgel. GUs oder Sonderläden erhebliche **Fahrkosten** aus dem Barbetrag zu zahlen für ÖPNV zum Einkaufen = zusätzl. Kürzung.
- **Praxis der Sachleistungen/Gutscheine** führt zu **zusätzlichen Kürzungen!**
- **Länderpraxis:** 13 von 16 BL weichen bewusst vom Sachleistungsprinzip ab:
  - **HH, HB, BE, HE, SA, MV, SH, RP** flächendeckend Geldleistungen.
  - **NW, BB** (12 von 18 LK), **SN** (12 von 13 LK) überwiegend Geldleistungen.
  - **NI** Gutscheine. **TH** 20 LK Gutscheine, 4 LK Bargeld.
  - **BY, BW, SL** überwiegend "echte" Sachleistungen § 3 I (Essenspakete).
- Mietkostenübernahme für Wohnungen in Berlin in der Regel möglich, in den übrigen Ländern ist die Praxis vor Ort unterschiedlich.

31

## Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum - BVerfG U.v. 09.02.2010

1. Das **Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums** aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für **ein Mindestmaß an Teilhabe** am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.
2. Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als **Gewährleistungsrecht** in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der **Konkretisierung und stetigen Aktualisierung** durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.

32

## BVerfG U.v. 09.02.2010

3. Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem **transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar** auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren **zu bemessen**.
4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag decken, muss aber für **einen darüber hinausgehenden unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf** einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.

33

## § 3 - Grundleistungsbeträge verfassungswidrig

- Beträge nach § 3 sind „**Schätzungen in Blaue hinein**“: Bedarfsbemessungssystem fehlt (BVerfG v. 09.02.2010)
  - **Gründe für geringeren Bedarf** überzeugen nicht:
    - > Personenkreis mit typischerweise nur kurzem Aufenthalt?
    - > Kurzer Aufenthalt = geringerer Bedarf?
  - seit 1993 keine Anpassung an **Preisentwicklung** - entgegen § 3 III AsylbLG
  - **Barbetrag** von 1,37 €/Tag völlig unzureichend für Bedarf an Kommunikation, Information, Mobilität, Teilhabe + ergänzende Bedarfe
  - Praxis der **Sachleistungen** und Gutscheinsysteme > gravierende weitere Absenkung der Leistungen (Essenspakete mit ca 60 % des Sollwert)
  - bedarfsbezogenes Leistungsniveau über individuelle Beantragung **atypischer Sonderbedarfe nach § 6 AsylbLG** nicht realisierbar (vgl. BVerfG v. 09.02.2010; dito § 28 I S. 2 SGB XII; a.A. BVerwG; OVG Bremen)
- > **Vorlagebeschluss LSG NRW L 20 AY 13/09 v. 26.07.2010: Leistungshöhe § 3 für alleinstehenden Geduldeten verfassungswidrig (erneute Kürzung wg Fristver-längerung § 2 sei zulässig; Leistungen f. Kinder und bei AE § 25 V nicht geprüft)**

34

## Das AsylbLG ist verfassungswidrig

- **Bedarfsermittlungssystem zu § 3 AsylbLG fehlt**, Beträge seit 1993 nicht angepasst (LSG NRW v. 26.07.2010)
- **Gründe** für „geringeren Bedarf“ sind sachlich unzutreffend.
- **Persönlicher Bedarf** bei Erw. ca. 70 %, bei Kindern ca. 80 % gekürzt gegenüber Existenzminimum nach SGB II/XII ÄndGE + RegelbedarfsermittlungsGE 2011
- **Dauer Leistungseinschränkung § 2 AsylbLG** 48 Mte. nicht „vorübergehend“. Zeitpunkt willkürlich, Aufenthaltsdauer egal, Integration wirkt sich negativ aus. Kinder unter 4 Jahren willkürlich von § 2 ausgeschlossen.
- **Personenkreis § 1 AsylbLG**: Menschen mit **Daueraufenthalt** nach § 25 V AufenthG im AsylbLG, obwohl 84 % mehr als 6 Jahre hier. Aufenthalt § 25 V idR wg. Art. 1, 2, 6 GG, Art 3 + 8 EMRK dauerhaft.
- **Atypische Sonderbedarfe nach § 6 AsylbLG** können kein bedarfsbezogenes Leistungsniveau herstellen (LSG NRW v. 26.07.2010)
- **AsylbLG in Kumulation mit weiteren Restriktionen** für Asylsuchende und Geduldete (Arbeits- und Ausbildungsverbot, Zwangsverteilung, Residenzpflicht, Lagerpflicht u.a.) verfassungswidrig – Art 1, 2 GG. Flüchtlinge werden zu Objekten staatlichen Handelns. Eine menschenwürdige Existenz wird unmöglich.

35

## § 4 AsylbLG - Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt

- (1) Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen un-aufschiebbar ist.
- (2) Werdenden Müttern und Wöchnerinnen sind ärztliche und pflegerische Hilfe und Betreuung, Hebammenhilfe, Arznei, Ver-band und Heilmittel zu gewähren.
- (3) Die zuständige Behörde stellt die ärztliche und zahnärztliche Versorgung einschließlich der amtlich empfohlenen Schutzimpfungen und medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen sicher. ...

36

## § 4 AsylbLG

**Praxis** problematisch: **Verschleppung** und Verweigerung notwendiger Behandlung, keine Krankenscheine vorab, Nichtbehandlung **chronischer Erkrankungen**, Überweisung zum Facharzt nur nach Gutachten Amtsarzt usw.,

- Verweigerung von **Hilfsmitteln**, wie Rollstühle und Gehhilfen
- In Thüringen werden **Zähne** auch bei Kindern regelmäßig nur provisorisch gefüllt, und wenn sie Schmerzen machen gezogen.
- Der **Rettungswagen** kommt in Bayern und Thüringen nur, wenn der Wachschatz die medizinische Notwendigkeit bestätigt. In Altenburg/Thüringen kam es zu einem Todesfall (TAZ 06.07.98, FR 21.11.98)

*Best Practice: **Bremer Modell AOK-Chipkarte § 264 I SGB V iVm §§ 4/6 AsylbLG***

**Rechtsprechung** problematisch:

- VG Gera: **Opiate** statt Operation bei schwerer **Hüftgelenksnekrose**
- OVG MV: **Dialyse auf Dauer** statt Nierentransplantation,
- OVG NW: **keine Hörgeräte für behindertes Kind** trotz Sprachschädigung
- VG Ffm: Verweigerte **Lebertransplantation** mit Todesfolge.

37

## § 6 AsylbLG - Sonstige Leistungen

- (1) Sonstige Leistungen können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.

38

## Bildungs- und Teilhabepaket

§ 28 SGB II, § 34 SGB XII, § 2 AsylbLG, § 6a BKGG

- ein- und mehrtägige **Schul- und Kita-Ausflüge** und -Reisen
- **Schulbedarf** 70 € zum 1.8 und 30 € zum 1.2. jedes Schuljahrs, ab 1.8.2011
- **Schülerbeförderung** zur nächstgelegenen Schule des Bildungsgangs, wenn erforderlich, nicht von Dritten getragen und nicht aus Regelbedarf tragbar
- Mehraufwand warmes **Mittagessen** in Schule, Kita, Tagespflege; Hort wenn Essen in schul. Verantwortung, Eigenanteil 1 €/Tag (§ 9 I S. 1 RBEG).
- Teilhabe am **sozialen und kulturellen Leben** in der Gemeinschaft 10 € mtl. (Vereinsbeiträge, künstlerische und kulturelle Bildung, Freizeiten)
- angemessene **Lernförderung** (Nachhilfe), wenn geeignet und erforderlich um Lernziel zu erreichen

*Alle Leistungen mit Ausnahme Schulbasispaketes müssen **vorher beantragt** werden (§ 37 Abs. 1 SGB II, Antrag rückwirkend für Zeitraum ab 1.1.2011 möglich **bis 30.06.2011**). Das Bildungspaket gibt es für Kinder/Erwachsene **bis 24 Jahre**, Teilhabebedarfe nur bis 17 Jahre (§ 28 I, VI SGB II).*

39

## Ansprüche nach EU-Richtlinien zum Flüchtlingsschutz

- "**Asylaufnahmerichtlinie**" 2003/9/EG  
soziale und medizinische Mindeststandards für Asylbewerber, nicht jedoch für Ausländer mit Duldung.
- "**Qualifikationsrichtlinie**" 2004/83/EG Mindeststandards für anerkannte Flüchtlinge, auch mit "subsidiärem Schutz"  
> AE § 25 Abs. 1 - 3. *Die Leistungen sind jedoch bereits ab Rechtskraft der Flüchtlingsanerkennung zu erbringen!*
- **vorübergehender Schutz** RL 2001/55/EG – Aufnahme nach Beschluss der EU im Falle eines Massenzustroms von Flüchtlingen  
> AE § 24
- "Opfer von Menschenhandel" 2004/81/EG Mindeststandards  
> AE § 25 Abs. 4a.

40

## Asylaufnahmerichtlinie

Art. 15 und 17 ff. Asylaufnahmerichtlinie garantieren die "erforderlichen medizinischen und sonstigen Hilfen" für **Asylbewerber mit besonderen Bedürfnissen**, wie z. B. Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Behinderte, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.

- > Anspruch auf „erforderliche“ Psychotherapie
- > Anspruch auf „erforderliche“ Krankenbehandlung  
= Leistungsumfang analog SGB V statt AsylbLG-Niveau?!
- > Anspruch auf „erforderliche“ sonstige Hilfen  
(= **Lebensunterhaltsleistungen, Wohnen, Sonderbedarfe** usw.)  
= Leistungsumfang analog SGB XII statt AsylbLG-Niveau?!

*Förmliche Umsetzung in dt. Recht bisher nicht erfolgt, Rechtsfolgen umstritten  
(Beispiel: Netzwerk „bes. schutzbedürftige Flüchtlinge“ Berlin)*

41

## Asylaufnahmerichtlinie

- Die Richtlinie schreibt eine förmliche Einzelprüfung zur **Anerkennung der besonderen Hilfebedürftigkeit** vor.
- In **Deutschland** sind bisher weder das Verwaltungsverfahren zur Feststellung der besonderen Hilfebedürftigkeit noch die Rechtsfolgen (Leistungen) geregelt.
- In der **Praxis** werden häufig die daraus folgenden Ansprüche auf Psychotherapie, Hilfsmittel für Behinderte, Eingliederungshilfen für behinderte Kinder, angemessene Unterbringung (Wohnung) usw. usw. rechtswidrig verweigert.
- **§ 6 Abs. 2 AsylbLG** läuft leer, da diese Regelung nur für Ausl. mit AE nach § 24 gilt (EU RL vorübergehender Schutz), es solche AE derzeit und auf absehbare Zukunft aber nicht gibt.

42

## Familienleistungen für Ausländer

- **Elterngeld**  
§ 1 Bundeselterngeldgesetz
- **Kindergeld**  
§ 62 Einkommenssteuergesetz  
(Kindergeld nach EStG ist der Normalfall)  
> **Kindergeld nach EStG: für bis zu 4 Kalenderjahre rückwirkend!!!**
- **Kindergeld**  
§ 1 Bundeskindergeldgesetz  
(Waisen, Kinder mit Eltern unbekanntem Aufenthalts)
- **Kinderzuschlag**  
§ 6a BKGG
- **Unterhaltsvorschuss**  
§ 1 Unterhaltsvorschussgesetz

43

## Anspruch auf Familienleistungen

- *Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehörigen*
  - *Ausländer mit Niederlassungserlaubnis (NE)*
  - *Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis (AE), die zur einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, jedoch nicht mit AE § 16, AE § 17, AE § 18 III wenn nach BeschV ein bestimmter Höchstzeitraum vorgegeben ist (zB Au Pair)*
  - *Ausländer mit AE §§ 23a, AE 25 Abs. 3 bis 5, AE § 23 Abs. 1 wegen Krieges im Heimatland nur, wenn seit mindestens drei Jahren im Bundesgebiet und derzeit legal erwerbstätig, oder Geldleistungen nach SGB III oder Elternzeit.*
- > **Asylsuchende und Geduldete sind nach deutschem Recht von allen Familienleistungen ausgeschlossen, können aber Anspruch nach internationalem Recht haben!**

44

## Familienleistungen nach internationalem Recht

unabhängig vom Aufenthaltstatus,  
z.B. auch **Asylbewerber und mit Duldung**  
vgl. DA-FamEstG zu § 62 EstG

- **Anerkannte Flüchtlinge** aller Länder nach Vorl. Europ. Abkommen über Soziale Sicherheit von 1953, auch wenn Aufenthaltstitel noch nicht erteilt, auch rückwirkend für die Zeit des Asylverfahrens nach Ablauf einer 6-Monatsfrist ab Einreise: **Nachzahlung Kindergeld!!!**
- **Ausländer aus der Türkei** (auch wenn keine Arbeitnehmer! auch für Asylbewerber, Geduldete usw.!) nach Vorl. Europ. Abkommen über Soziale Sicherheit von 1953, wenn sie **wenigsten 6 Monate in Deutschland gewohnt** haben: **Kindergeld!!!**  
*Wohnung oder Gemeinschaftsunterkunft ist egal, BFH 17.06.10 - III R 42/09*
- Arbeitnehmer aus der **Türkei, Algerien, Tunesien**: **alle Familienleistungen!**
- Arbeitnehmer aus **Serbien, Montenegro, Kosovo und Bosnien-Herzegowina**: **Kindergeld!**

45

## Ausbildungsförderung

### § 8 BAföG, § 59 SGB III nach Aufenthaltstatus

- NE, Erlaubnis zum Daueraufenthalt EG
- AE §§ 22, 23, 23a, 25 I, 25 II, 25a 28, 37, 38 I, 104a, AE §§ 30, 32, 33 oder 34 als Ehegatte oder Kind eines Ausländers mit NE
- AE §§ 25 III, 25 IV S. 2, 25 V, 31 nach 4 Jahren Voraufenthalt, AE §§ 30, 32, 33 oder 34 als Ehegatte oder Kind eines Ausländers mit AE nach 4 Jahren Voraufenthalt.
- **Duldung nach 4 Jahren Voraufenthalt (neu ab 1.1.2009!)**
- **Unionsbürger**, EWR und Schweizer, wenn unabhängig von Ausbildung Aufenthaltsrecht nach FreizügG/EU
- **Türken**, deren Eltern in D "Arbeitnehmer" sind (EuGH zu ARB 3/80 EWG/Türkei)

46

## Ausbildungsförderung

### § 8 BAföG, § 59 SGB III *unabhängig vom Status* *auch Asylbewerber, auch Geduldete!*

- Wenn ein **Elternteil** in D in den letzten 6 Jahren **3 Jahre** existenzsichernd (kein ALG II-Bezug!) **gearbeitet** hat. Die Frist wird - mit Ausnahme von 6 Monaten - auch durch Zeiten erfüllt, in denen der Elternteil aus wichtigem Grund (Krankheit, Kinder, nicht jedoch fehlende Arbeitserlaubnis).
- Wenn der **Antragsteller** selbst *vor Beginn der Ausbildung* mindestens **5 Jahre** in D **erwerbstätig** war.

47

## GKV- Zuzahlungen seit Gesundheitsreform 2004

- Zuzahlungen nur, wenn **SGB V** anwendbar ist, auch für Inhaber einer Chipkarte nach § 264 SGB V iVm § 2 AsylbLG
- **keine Zuzahlungen nach §§ 4/6 AsylbLG, SGB VII, OEG, PKV usw. !!!**
- Obergrenze 2 %, Chroniker 1 % des Jahreseinkommens
- Berechnung Alg II / SGB XII 3. + 4. Kapitel / § 2 AsylbLG:  
2 % bzw. 1 % des Regelsatzes des Haushaltsvorstandes = 374€ x 12 x 2 % =  
**89,76 €/Jahr Obergrenze bei Alg II/Sozialhilfebezug**  
(Quittungen sammeln > dann Befreiung bei GKV beantragen + Erstattung bereits überzahlter Beträge durch die GKV)

48

## Eigenleistungen - Gesundheitsreform 2004

zB für **nicht verschreibungspflichtige Medikamente**, med. notwendige **Fahrten zur ambulanten Krankenbehandlung**, **Brillen** f. Erwachsene

• **Nicht nach §§ 4/6 AsylbLG**

• **Auch nach § 2 AsylbLG**

• **Dolmetscherkosten für stationäre Behandlung im Krhs**

> sind laut Schreiben BMGS vom 15.07.2004 durch **Krhs-Träger** zu erbringen

• **Dolmetscherkosten für ambulante Psychotherapien**

> sind nach Rspr. zu §§ 2/4/6 AsylbLG zu übernehmen, vgl. Schreiben BMAS vom 21.02.2011

49

## Weitere Kostenträger

- Bundesversorgungsgesetz, **Opferentschädigung für Gewaltopfer**, Kriegsoffer etc. - OEG und BVG
- Gesetzliche **Unfallversicherung** – SGB VII
- Stationäre Jugendhilfe - § 40 SGB VIII iVm § 264 Abs. 2 SGB V
- **Schwangerschaftskonfliktgesetz** – SchKG (Schwangerschaftsabbruch bei geringem Einkommen über GKV)
- Haftpflichtversicherung bei Verkehrsunfall ohne Verschulden – BGB
- Reiseversicherung – BGB
- Selbstzahler – BGB
- ...

50

## Unfallversicherung SGB VII

- Versicherung **besteht kraft Gesetzes** bei Arbeitsunfall, Wegeunfall, Kiga- und Schulunfall, auch wenn keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt wurden und/oder der Arbeitnehmer nicht angemeldet wurde und/oder keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzt
- **auch für "Illegale", auch bei "Schwarzarbeit"!**
- Krankenbehandlung und Reha
- Verletztengeld (Krankengeld)
- Rente bei Erwerbsminderung
- Rente für Hinterbliebene

51

## Schwangerschaftsabbruch – SchKG

Die Kostenübernahme für legalen Abbruch bei geringem Einkommen der Frau regelt § 19 ff Schwangerschaftskonfliktgesetz SchKG (*früher: Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen*). Es handelt sich um eine staatliche Leistung (nicht aus Versichertenbeiträgen), GKV ist nur für Durchführung zuständig

- Gesetzlich Versicherte: mit Einkommensnachweis Antrag auf Kostenübernahme bei **GKV**
- Nicht gesetzlich Versicherte (zB AsylBLG) stellen mit Einkommensnachweis Antrag auf Kostenübernahme bei einer **GKV nach Wahl** am Wohnort
- Beratungsschein ist nur für den Abbruch selbst, nicht für den Antrag auf die Kostenübernahme erforderlich
- **Kostenübernahme nur bei Wohnsitz in Deutschland - kein Anspruch bei Einreise zum Zweck des Abbruchs**
- Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist gem. § 6 Abs. 2 SchKG anonym: **Legalere Abbruch geht auch für Illegale sowie bei Einreise zum Zweck des Abbruchs (z.B. aus Polen), dann aber keine Kostenübernahme über SchKG!**

52

## Rechtsweg im Hauptsacheverfahren

- **Antrag** (mündlich oder schriftlich)

**Bescheid** (mit Rechtsmittelbelehrung 1 Monat Widerspruchsfrist, ohne Rechtsmittelbelehrung oder mdl. Bescheid 1 Jahr Widerspruchsfrist)

- **Widerspruch**

**Widerspruchsbescheid** (mit Rechtsmittelbelehrung, 1 Monat Klagefrist)

- **Klage**

**Urteil Verwaltungsgericht/Sozialgericht**

- **Berufung** bzw. Antrag auf Zulassung der Berufung

**Urteil Oberverwaltungsgericht/Landessozialgericht**

- **Revision** (falls für zulässig erklärt)

**Urteil Bundesverwaltungsgericht/Bundessozialgericht**

- ggf. Verfassungsbeschwerde, Beschwerde EGMR, Vorlage Europ. Gerichtshof

## Rechtsweg im Eilverfahren

- **Antrag** (mündlich oder schriftlich) und dringend nötiger, gegenwärtig nicht gedeckter existenzieller Bedarf

*Behörde leistet unzureichend oder gar nicht, oder unzumutbar lange keine Entscheidung, oder: ablehnender Bescheid (dann: Rechtsmittel wurde eingelegt!)*

- **Eilantrag ans Gericht:** „Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung“ ans Gericht schicken, oder dort bei Rechtsantragstelle zu Protokoll geben, Unterlagen (Kopie Antrag, Widerspruch, ggf. Ablehnungsbescheid) beifügen

**Beschluss Verwaltungsgericht/Sozialgericht**

- **Beschwerde** (beim VG Anwaltszwang!)

**Beschluss Oberverwaltungsgericht/Landessozialgericht**

OVG/LSG im Eilverfahren letzte Instanz, *dagegen evtl. Verfassungsbeschwerde*

**Wichtig:** Das Eilverfahren regelt nur *vorläufig*, was die Behörde **bis zur Entscheidung im Hauptverfahren** zu leisten hat.

*Wenn man einen Bescheid oder Widerspruchsbescheid erhält, muss man zusätzlich dagegen immer auch ein **Rechtsmittel einlegen**, weil sonst der Bescheid bestandskräftig wird und im Eilverfahren kein Regelungsbedarf mehr besteht!*

## Internet

- Aufenthalts-, Asyl und Sozialrecht:  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de) > Gesetzgebung
- Asylmagazin, Rechtsprechung Ausländer- und Asylrecht [www.asyl.net](http://www.asyl.net)
- ALG II und Sozialhilfe [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)
- Rechtsprechung Sozialrecht [www.sozialgerichtsbarkeit.de](http://www.sozialgerichtsbarkeit.de)
  
- Deutsche Gesetze und Rechtsverordnungen  
[www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de)
- Richtlinien, Rechtsverordnungen und Rechtsprechung der EU  
[www.europa.eu](http://www.europa.eu)
- Weisungen zu ALG II, Beschäftigungserlaubnis und Kindergeld  
[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) > Veröffentlichungen > Weisungen
  
- Adressen Beratungsstellen und Anwälte [www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de) > Links > Adressbuch Flüchtlingsberatung
- Lage in den Herkunftsländern weltweit [www.ecoi.net](http://www.ecoi.net)

55

## Literatur

- Deutsches Ausländerrecht, Beck-dtv 5537, 12 €
- Gesetze für die Soziale Arbeit, Nomos-Verlag, 19,80 €
  
- Hofmann/Hoffmann, Ausländerrecht, Nomos Herbst 2012, ca. 128 €
- Renner (Bergmann/Dienelt/Röseler), Ausländerrecht, Beck, 2011, 138.- €
- Lehr- und Praxiskommentare SGB II und SGB XII, Nomos, jeweils ca. 50 €
  
- Leitfaden ALG II / Sozialhilfe von A – Z, [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de), August 2011, 11 €
- Leitfaden für Arbeitslose, Fachhochschulverlag Frankfurt/M, [www.fhverlag.de](http://www.fhverlag.de), 11 €
- Classen, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2008, download:  
[www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen\\_Sozialleistungen\\_fuer\\_MigrantInnen\\_und\\_Fluechtlinge.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen_Sozialleistungen_fuer_MigrantInnen_und_Fluechtlinge.pdf)

56